

Antrag

der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion beantragt den Einsatz der Landesregierung für die Transparenz beim TTIP.

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung Brandenburg verpflichtet sich, sich auf Bundesebene für ein Ende der Intransparenz bei den Verhandlungen zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) einzusetzen. Sie nutzt hierfür ihre Kontakte zur Europäischen Kommission.

2. Die Landesregierung ist aufgefordert, den Landtag in den monatlichen Plenarsitzungen über ihre diesbezüglichen Aktivitäten und Ergebnisse zu unterrichten.

Begründung:

Aufgrund der anhaltenden Spekulationen, inoffiziellen Teilveröffentlichungen und Teilkomentierungen zum aktuellen Stand des TTIP-Abkommens sowie des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung über die Geheimhaltung der diesbezüglichen Verhandlungen sieht es der Brandenburger Landtag als erforderlich an, eine schnellstmögliche Offenlegung der laufenden Verhandlungen zwischen EU und den USA zu fordern.

Die zu erwartenden Auswirkungen des TTIP gerade auch auf die Bundesländer und Kommunen machen es erforderlich, die Allgemeinheit über den Inhalt, die Reichweite und die möglichen Konsequenzen dieses Vertrages laufend zu informieren und Diskussionen zu ermöglichen.

Im Interesse des freien Handels ist die geforderte Transparenz für die Möglichkeit einer Akzeptanz in der Bevölkerung unabdingbar.

Dr. Alexander Gauland
für die AfD-Fraktion